



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

April/Mai 2012



Liebe Leserinnen und Leser,

zurzeit gibt es Befürchtungen, dass bei der Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie durch die EU-Kommission auch manche ehrenamtliche Tätigkeiten, z.B. bei den **Freiwilligen Feuerwehren**, auf die Arbeitszeit angerechnet werden könnten. In diesem Fall wären viele Bereiche, die wir in Deutschland wie selbstverständlich traditionell ehrenamtlich organisieren, gefährdet. Diese Debatte betrifft vor allem ca. 49.200 Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren in Schleswig-Holstein und an die 1,1 Millionen Freiwillige Feuerwehrleute in ganz Deutschland.

Ich bin der Meinung, dass dies nicht nur nicht finanzierbar wäre, sondern auch den positiven Wert bürgerschaftlichen Engagements zerstören würde. Daher habe ich mich in dieser Angelegenheit an den zuständigen EU-Kommissar Andor gewandt.

Zusammen mit Ingbert Liebig, MdB, habe ich zudem eine Pressemeldung herausgegeben, die eindeutig klarstellt, dass die Arbeitszeitrichtlinie nicht auf ehrenamtliche Tätigkeiten angewandt werden kann.

Ehrenamtliche Tätigkeit ist eine Freizeitbeschäftigung. Die Dauer einer Freizeitbeschäftigung muss jeder für sich selbst entscheiden können. Es darf nicht passieren, dass einem Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr von wem auch immer untersagt wird, nach einer 40-stündigen regulären Berufstätigkeit in der Woche noch 12 Stunden Arbeit für die Feuerwehr zu leisten. Aktuell wird das Thema der EU-Arbeitszeitrichtlinie zwischen den Sozialpartnern auf europäischer Ebene verhandelt. Die Kommission hat bereits betont, dass sie aus Respekt vor der Verhandlungsautonomie der Sozialpartner (nach Artikel 155 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) keine Vorschläge zur Änderung der bestehenden Richtlinien machen wird, bis die Gespräche mit den Sozialpartnern in dem vertraglich festgelegten Zeitraum abgeschlossen sind. Die Verhandlungen werden voraussichtlich bis September 2012 dauern.

Die EU-Kommission hat signalisiert, das Verhandlungsergebnis in die überarbeitete Richtlinie einbeziehen zu wollen. Kommissar Andor hat sich in einem Brief entsprechend geäußert. Zudem betonte die Kommission in ihrem EU-Newsletter vom 23.04.2012 die Bedeutung der Freiwilligen Feu-

erwehren, und dass es derzeit keinen Vorschlag gäbe, die bestehenden Regeln zu ändern. Insbesondere hat die Kommission nicht vorgeschlagen, eine Höchstgrenze von 48-Arbeitsstunden für die Freiwillige Feuerwehr festzulegen oder auch nur die Frage danach aufgeworfen.

Kommissar Andor regt weiter an, nicht die bestehenden Regelungen für die Freiwilligen Feuerwehren auszusetzen, sondern **Sonderregeln** innerhalb der bestehenden Richtlinie auf den Weg zu bringen. Dieser Vorschlag wurde in der bisherigen Presseberichterstattung nicht kommuniziert. Dies ist schade, da er die für die Freiwilligen Feuerwehren notwendige Flexibilität mit den ebenfalls notwendigen Ansprüchen an Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen vereinen würde. Die Kommission hätte aber von Anfang an klarer Stellung nehmen sollen, um Irritationen zu vermeiden.

Ihr Reimer Böge



Bild 1:

Auf Schloss Plön feierte der Landesvater Peter Harry Carstensen seinen 65. Geburtstag. Es kamen rund 400 Gäste, unter ihnen auch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Auf dem Foto von rechts nach links: Axel Bernstein, MdL, Reimer Böge, MdEP, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, MdL, mit seiner Ehefrau Sandra. Gemeinsam singen sie das Schleswig-Holstein-Lied.

(Foto: CDU Schleswig-Holstein)

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Modernisierung des Hochschulsystems: stärkere Ausrichtung an den Studierenden

Nach Meinung des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament ist eine Modernisierung des Europäischen Hochschulsystems notwendig, um die Anzahl der Hochschulabsolventen massiv zu erhöhen und die Qualität des Studiums zu verbessern. Laut Doris Pack (CDU), Vorsitzende des Ausschusses, stellt der Ausbau der Mobilität einen Schwerpunkt der Reform dar: "Ich begrüße sehr den Vorstoß der Kommission, ab 2014 Masterstudierenden einen vollständigen Studienzyklus im Ausland zu ermöglichen. So können Studenten die für ihre Bedürfnisse beste Universität wählen. Und erst dann können wir von einem funktionierenden Einheitlichen Europäischen Hochschulraum sprechen." Bevor diese Ziele erreicht werden können, müssen laut Pack zunächst Reformen zur Beseitigung von Schwachstellen greifen: "Die Universitäten müssen sich stärker an den Bedürfnissen der Studierenden orientieren." Dazu gehörten das Aufbrechen starrer Verwaltungsstrukturen, die Verkürzung von Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen oder die reibungslose Übertragbarkeit von Darlehen oder Stipendien. Erst dann seien Universitäten so weit, sich den Herausforderungen eines globalen Wettbewerbs in Bildung, Forschung und Innovation zu stellen. In den anstehenden Verhandlungen zum kommenden Mehrjahresfinanzrahmen wird daher eine umfassende Diskussion über den Haushalt 2014 bis 2020 für den Bereich Bildung, Ausbildung und Jugend unabdingbar sei.

Kontowechsel: Der Wechsel einer Bank innerhalb eines Mitgliedstaates ist nach wie vor ein schwieriges Unternehmen

Das belegen umfassende Stichproben. Im Jahr 2008 hatten sich die Banken freiwillig verpflichtet, ab 1. November 2009 den Kunden beim Wechsel zu einem anderen Institut während der gesamten Umstellung Unterstützung zu leisten. Die neue Bank sollte alles Nötige mit der alten Bank regeln. Insbesondere wollten die Banken durch Absprache untereinander dafür sorgen, dass alle wieder-

kehrenden Zahlungen des Kunden, z.B. Einzugsermächtigungen oder Daueraufträge, reibungslos und schnell umgestellt werden. Drei Jahre nach dieser Selbstverpflichtung liegt nun ein niederschmetterndes Ergebnis vor. Bei umfassenden Stichproben in 1.000 Testfällen gelang es 2011 nur 19 % der Testkäufer, ein Konto bei einer anderen Bank zu eröffnen und einen Dauerauftrag auf das neue Konto umzuleiten. 71 % der Banken leisteten keine Unterstützung bei der Umstellung. Mehr als zwei Dritteln der Testkäufer ist es nicht gelungen, ihre Bankverbindung zu wechseln. Unter Hinweis auf diese Mängel prüft die Kommission z.Zt., wie sich beim Kontowechsel die festgestellten Mängel beheben lassen.



Bild 2:

Auf Einladung der nordfriesischen CDU Landtagskandidaten Klaus Jensen und Astrid Damerow, MdL, sprach Reimer Böge vor interessierten Bürgern in Drelsdorf zum Thema "Die Schuldenkrise und die Zukunft der Europäischen Union".

(Foto Büro Böge)

Die Kommission hat Anregungen zur Nachhaltigkeit der Altersversorgung vorgelegt

Damit reagiert sie auf die Risiken des demographischen Wandels für die bestehenden Renten- und Pensionssysteme. Die erwerbstätige Bevölkerung schrumpft und der finanzielle Druck von Pensionen und Renten auf die nationalen Budgets nimmt zu. Die sog. Abhängigkeitsquote, d.h. das Verhältnis zwischen den über 65-jährigen Europäern und der Beschäftigtenzahl, sinkt von heute vier Beschäftigten pro 65-Jährigen bis 2060 auf nur zwei Beschäftigte pro 65-Jährigen. Die sich aus diesen Entwicklungen ergebenden Probleme für die Bewältigung des Ruhestandssystems sind Gegenstand eines von der Kommission vorgelegten Weißbuchs. Zwar liegt die Zuständigkeit für die Ruhestandssysteme überwiegend bei den Mitgliedstaaten. Die EU kann aber unterstützend und empfehlend eingreifen, wovon sie mit der Ankündigung von 20 Initiativen Gebrauch macht. Das Weißbuch enthält u. a. folgende Empfehlungen/Ankündigungen:

- Die Sozialpartner sollen bessere Chancen für ältere Arbeitskräfte schaffen.
- Das Angebot an privaten Zusatz-Vorsorgesystemen soll durch steuerliche und anderen Anreize ausgebaut werden
- Die Sicherheit von Zusatz-Vorsorgesystemen soll u.a. durch Überarbeitung der Richtlinie zu Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (IORP) verbessert werden.
- Eine längere Lebensarbeitszeit soll gefördert werden, durch die Koppelung des Ruhestandsalters an die Lebenserwartung und die Einschränkung des Zugangs zum vorzeitigen Ruhestand.

Die Kommission stellt zusammenfassend fest, dass viele Renten- und Pensionssysteme in der EU bis zu einem gewissen Grad angepasst werden müssen, damit sie eine angemessene Altersversorgung auf nachhaltiger Basis bieten können. Gleichzeitig haben 2011 insgesamt 16 Mitgliedstaaten länderspezifische Empfehlungen zu Renten und Pensionen erhalten. Weitergehend EU-Vorgaben gibt es für die fünf Staaten unter dem Rettungsschirm, die sich zu Renten- und Pensionsreformen verpflichtet haben.



Bild 3:

Reimer Böge spricht auf der Wahlkampfveranstaltung der CDU-Amtsverbände Fockbek und Hohner Harde. Sprecher von links nach rechts: Hans Hinrich Neve ,MdL, Reimer Böge, MdEP, Jürgen Schuberth, CDU-Amtsverbandsvorsitzender Hohner Harde, Jürgen-Peter Speck, CDU-Amtsverbandsvorsitzender Fockbek.

(Foto: Büro Böge)

Verbrauchsaktuelle Messergebnisse für die Steuerung des Energieverbrauchs

Ein entsprechendes Gerät ist jetzt für den Hausgebrauch entwickelt worden. Damit kann über ein digitales Display alle sechs Sekunden abgelesen werden, welche Geräte und Lampen im Haushalt die größten Energieschlucker sind. Durch die damit verfügbaren Vergleichszahlen kann bei entsprechender Reaktion des Verbrauchers nach Angaben der Kommission der Energieverbrauch um durchschnittlich 8 % gesenkt werden. Das Gerät ist in dem von der Kommission mit 2,9 Mio. Euro unterstützte EU-Forschungsprojekt DEHEMS entwickelt und jetzt ist in Großbritannien und Bulgarien erfolgreich getestet worden. Nach Angaben der Kommission sind im Handel bereits zwei Produkte erhältlich: Der "Energyhive", der es ermöglicht, rund um die Uhr den Energieverbrauch über einen Web-Browser abzulesen und "Greenica", das nicht nur auf Haushalte, sondern auch auf Schulen und Kleinunternehmen ausgerichtet ist.



Bild 4:

Am Rande der Gruppensitzung der CDU/CSU Gruppe in Brüssel trafen Reimer Böge, Burkhard Balz (CDU-Europaabgeordneter aus Niedersachsen) und Jörg Asmussen (Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank und Finanzexperte) zu einem Gedankenaustausch zusammen. Man analysierte Chancen und Auswirkungen der Schuldenkrise, die Maßnahmen der EZB und die Bedeutung des Fiskalpakts.

(Foto: CDU/CSU Gruppe im EP)

Pressemitteilungen:

1.) 23.02.2012: Reimer Böge besucht EDEKA Filiale von Thomas Lege in Lübeck

Bei seinem heutigen Besuch in Lübeck informierte sich der der schleswig-holsteinische CDU Europaabgeordnete Reimer Böge in der EDEKA Filiale von Thomas Lege in der Ziegelstr. über eine breite Themenpalette des Lebensmitteleinzelhandels. Im Vordergrund stand dabei auch die Frage, wo den Verbrauchern heute im Supermarkt „Europa“ begegnet. Nach einem Supermarktrundgang und der Vorstellung des genossenschaftlich organisierten EDEKA Verbunds zeigte sich der Europaabgeordnete beeindruckt. „Egal ob Biosiegel, gewichtsbezogene Preisauszeichnung zur besseren Vergleichbarkeit, Herkunftsbezeichnung auf Fleisch, Fisch und Eiern oder Nährwerttabellen auf den Verpackungen, all das sind Errungenschaften, für die sich das Europäische Parlament gerade

auch nach der BSE-Krise massiv eingesetzt hat. Damit wird Europapolitik beim Verbraucher erlebbar, so zu sagen direkt vor Ort“, freute sich der Europaabgeordnete. Im Zuge der BSE-Krise war Reimer Böge 1996-97 Vorsitzender des nichtständigen Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments zu BSE. Bei seinem Gespräch mit dem Geschäftsführer EDEKA Nord Carsten Koch, dem stellv. EDEKA Fleischwerk Werksleiter Matthias Biermann, der CDU-Landtagskandidatin für die Landtagswahl 2012 Jutta Scheicht und dem CDU-Kreisvorsitzenden und CDU-Kandidaten für die Landtagswahl Ulrich Krause begrüßte Reimer Böge ausdrücklich die EDEKA-Qualitätsprogramme „Gutfleisch“ und „Unsere Heimat- echt und gut“. „Dadurch erhalten die Verbraucher viele wissenswerte Daten rund um die Herstellung der Produkte, wissen genau, woher das Produkt herkommt. Unsere regionalen Landwirtschaftsbetriebe stärken so auch das Vertrauen der Verbraucher in diese Produkte. Darüber hinaus haben kurze Transportwege nicht nur Auswirkungen auf die Frische der Produkte, sondern auch auf einen geringen CO₂-Ausstoß“, erklärte der Europaabgeordnete abschließend.



Bild 5:

"Ob Biosiegel, gewichtsbezogene Preisauszeichnung zur besseren Vergleichbarkeit, Herkunftsbezeichnung auf Fleisch, Fisch und Eiern oder Nährwerttabellen auf den Verpackungen, all das sind Errungenschaften, für die sich das Europäische Parlament gerade auch nach der BSE-Krise massiv eingesetzt hat," so Reimer Böge bei seinem Besuch in der EDEKA Filiale von Thomas Lege in der Ziegelstraße in Lübeck.

(Foto: Edeka, Hr. Willnegger)

2.) 01.03.2012: Europa-Werkstatt mit lokalen Entscheidungsträgern und Wirtschaftsvertretern zur künftigen Förderpolitik in Schleswig-Holstein

Welche Förderperspektiven ergeben sich für Schleswig-Holstein aus den Vorschlägen der EU-Kommission zur Strukturpolitik und zur ländlichen Entwicklung nach 2013 und welche Aspekte finden bei den Verhandlungen zwischen dem Europäischem Parlament und dem Rat Berücksichtigung? Diese beiden Fragen standen im Mittelpunkt der zweiten "Europawerkstatt", zu welcher der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge heute Amtsträger, Vertreter der Ministerien, des Landkreises, der Wirtschaft und Verbände nach Meldorf geladen hatte.

Die von Reimer Böge im Herbst 2011 ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe „Europawerkstatt“ greift aktuelle Themen der EU-Gesetzgebung auf. Durch den frühzeitigen Austausch mit den Entscheidungsträgern vor Ort und den Adressaten der Gesetze sollen diese Hintergrundinformationen zu den europäischen Vorschlägen erhalten und die Möglichkeit zur Äußerung von Wünschen und Kritik bekommen. Die Kommission hat ihre Vorschläge zu den Strukturfonds und dem Fonds für die ländliche Entwicklung (ELER) für die neue Finanzperiode 2014-2020 im Herbst 2011 vorgelegt. Aktuell erarbeitet das Europäische Parlament seine Position dazu, welche die Grundlage für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten im Rat bilden wird. Die finanzielle Ausstattung der Programme wird jedoch durch den Mehrjahresfinanzrahmen festgeschrieben. Über diesen entscheiden die Regierungschefs im Europäischen Rat einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Als Berichterstatter zum Mehrjahresfinanzrahmens und Mitglied des Verhandlungsteams des Europäischen Parlaments betonte Böge: "Mit knapp 75 % des EU-Haushalts machen die Landwirtschaftspolitik einschließlich der ländlichen Entwicklung und die Strukturpolitik zwar den größten Teil des EU-Haushalts aus; solange jedoch keine befriedigende Einigung in allen Bereichen des Finanzrahmens erzielt werden konnte, wird das Parlament seine Zustimmung nicht erteilen".

Insgesamt zeigten sich die Teilnehmer zufrieden, dass Schleswig-Holstein weiterhin von EU-Fördergeldern im Rahmen der Strukturpolitik und der ländlichen Entwicklung profitieren wird. Obwohl sie sich generell mit der strategischen Ausrichtung an den EU2020-Zielen einverstanden zeigten, äußerten sie jedoch auch Kritik an den hohen Quotierungen der Förderprioritäten. Auf die Kritik, dass einige für Schleswig-Holstein bedeutende Bereiche wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Kultur nicht länger gefördert werden könnten, entgegnete Böge: "Es ist richtig, dass die Kulturförderung nicht mehr explizit im Verordnungsentwurf vorgesehen ist. Es spricht jedoch nichts dagegen, dass auch weiterhin Projekte in diesem Bereich gefördert werden können."

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung wurden seitens der Gesprächsteilnehmer unterstützt. Mit Verweis auf die knappen öffentlichen Kassen bedauerten jedoch vor allem die Vertreter der Ministerien und Landkreise, dass die Kommission in ihren Vorschlägen nicht die aktuell erfolgreich in Schleswig-Holstein genutzte private Kofinanzierung aufgegriffen habe. Erst durch die privaten Mittel wäre die Umsetzung vieler sinnvoller und wichtiger Projekte möglich. Reimer Böge zeigte sich ebenfalls enttäuscht, wies aber darauf hin, dass er in Brüssel für dieses Thema werbe: "Ich habe zuletzt mit EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos am Rande der Februar-Plenarsitzung des Europäischen Parlaments die Notwendigkeit der privaten Kofinanzierung besprochen. Ich bin nun zuversichtlich, dass es hier zu einer Änderung kommen wird."

Abschließend erklärte Böge: "Die Verhandlungen der kommenden Monate werden zeigen, welche Finanzmittel für die Strukturpolitik und die ländliche Entwicklung zur Verfügung stehen. Aus Parlamentssicht sollte das Niveau der aktuellen Finanzperiode beibehalten werden. Hinsichtlich der Inhalte muss jedoch in den Verhandlungen sichergestellt werden, dass in beiden Bereichen ausreichend Flexibilität für die Ausgestaltung der Projekte entsprechend den regionalen Bedürfnissen bleibt. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass die Umsetzung mit einem angemessenen Verwaltungsaufwand einhergeht."



Bild 6:

Reimer Böge spricht auf der Europa-Werkstatt zum Thema: "Vorschläge der EU-Kommission zur Strukturpolitik und zur ländlichen Entwicklung nach 2013. Förderperspektiven für Schleswig-Holstein."

Teilnehmer von links nach rechts: Kreispräsident Karsten Peters, Reimer Böge, MdEP, Karsten Jasper, MdL, Jens-Christian Magnussen, MdL

(Foto: Büro Böge)

3.) 02.04.2012: Europaabgeordneter Reimer Böge sieht Europäische Union auf gutem Weg

Auf Einladung der nordfriesischen CDU Landtagskandidaten Klaus Jensen und Astrid Damerow hat der Europaabgeordnete der CDU Reimer Böge vor interessierten Bürgern in Drelsdorf zum Thema "Die Schuldenkrise und die Zukunft der Europäischen Union" gesprochen und sich dabei durchaus optimistisch gegeben. In einem fachkundigen Überblick zeigte der Generalberichterstatter des Europäischen Parlamentes über die politischen Herausforderungen und Haushaltsmittel der Union

bis 2013 und Berichterstatter zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2014 die sehr unterschiedliche Situation in den aktuellen Krisenstaaten der EU auf und warb dabei an mancher Stelle um Verständnis für die jeweilige Situation.

Deutschland als Exportstaat profitiere am meisten vom Binnenhandel in der EU und dem Euro. Dieser sei mit Blick auf die Inflationsrate zudem stabiler in seinen ersten 10 Jahren gewesen, als die alte D-Mark in ihren letzten 10 Jahren. Als wirtschaftliche Lokomotive in Europa habe sich Deutschland großen Verdienst und Respekt erworben. Mit der eingeschlagenen Haushaltskonsolidierung spiele Deutschland eine Vorreiterrolle. Dies gelte insbesondere auch für Schleswig-Holstein, das als erstes Bundesland die Schuldenbremse eingeführt habe, so der Haushaltsexperte.

„Die Stärkung des EU-Rettungsschirms dient auch der Abwehr gegen Spekulanten. Die Neuordnung des europäischen Bankenaufsichtssystems stärkt die gemeinsame europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Fiskalpakt fordert eine größere Haushaltsdisziplin ein und wird die EU aus ihrer Glaubwürdigkeitskrise führen und ihre politische Abhängigkeit und Erpressbarkeit verhindern. Allerdings wird die Gesundung der EU eine etwas längere Wegstrecke werden“, so Böges abschließendes insgesamt positives Resümee vor einem beeindruckten Auditorium.



Bild 7:

Reimer Böge und Agrarkommissar Ciolos besprachen in Straßburg die Zukunft der EU-Landwirtschaftspolitik und die anstehenden Verhandlungen zum nächsten Mehrjahresfinanzrahmen (MFR). Böge forderte vom Kommissar besonders das von der Kommission geplante Greening in der Ersten Säule kritisch zu überprüfen, sowie größere Flexibilität und Praxisnähe zu ermöglichen.

(Foto: Büro Böge)

4.) 19.04.2012: Mindeststeuersatz für Diesel: Europaparlament lehnt Erhöhung ab

Das Europaparlament lehnte heute die Forderung der EU-Kommission ab, den Mindeststeuersatz in der EU für Diesel zu erhöhen. Begründet wurde der Vorschlag der mit der höheren Energiedichte von Dieselmotoren gegenüber dem Ottomotoren.

Der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) begrüßte das heutige Abstimmungsergebnis: "Dieselfahrer werden in Deutschland bereits durch eine höhere Kfz-Steuer belastet, haben aber für den Klimaschutz auf den Diesel gesetzt. Mit einer noch höheren Mineralölsteuer würden sie doppelt bestraft. Unrealistische Forderungen wie diese schaden der EU."

Böge wies weiter daraufhin, dass eine höhere Besteuerung von Dieselmotoren umweltpolitisch unsinnig sei und eine unnötige Belastung für die Autofahrer und die innovativen Hersteller mit sich bringe.

Eine endgültige Entscheidung hätten die EU-Finanzminister zu treffen, und zwar einstimmig, so Böge. "Die Bundesregierung und viele andere EU-Mitgliedstaaten lehnen diesen Vorschlag zu

Recht ab. Europa baut die fortschrittlichsten und umweltfreundlichsten Dieselmotoren, da sind ideologisch motivierte Energiesteuern fehl am Platz."



Bild 8:

Reimer Böge spricht auf Einladung des CDU Ortsverbands Brüssel über die Verhandlungen zum nächsten Mehrjahresfinanzrahmen

(Foto: Büro Böge)

5.) 18.04.2012: Treffen mit Kommissar Siim Kallas

Reimer Böge diskutierte mit Verkehrskommissar Kallas die von der EU-Kommission vorgeschlagene "Connecting Europe Facility" zur Verbesserung der europäischen Verkehrsinfrastruktur im Binnenmarkt. Böge begrüßte ausdrücklich, dass die EU-Kommission wichtige, für Schleswig-Holstein förderfähige Projekte, in die Förderfähigkeit aufgenommen hat. Insgesamt 10 Korridore bilden die Grundlage für die künftige Verkehrsinfrastruktur Europas. Von besonderem Interesse für Schleswig-Holstein ist der Korridor 5 "von Helsinki bis Valetta", er umfasst:

- die feste Querung über den Fehmarn Belt;
- die Strecke Kopenhagen Hamburg via Fehmarn plus Zuführungstrecken (Eisenbahn).

Weiter sind sechs deutsche Häfen in das Kernnetz mit aufgenommen worden. Unter ihnen befindet sich der Hafen Lübeck. Neu ist auch, dass bei grenzüberschreitenden Vorhaben in Zukunft bis zu 40 % Förderung möglich sind (bisher lag das bei Maximum 30 %). Die maximale Finanzierungsquote für die feste Fehmarnbeltquerung steigt daher um 10 %.



Bild 9:

Reimer Böge diskutiert mit Verkehrskommissar Siim Kallas die von der EU-Kommission vorgeschlagene "Connecting Europe Facility".

(Foto: Büro Böge)

6.) Der nördliche Standort des Europäischen Verbraucherzentrums Deutschland in Kiel ist wiedereröffnet.

Wenn sich Verbraucher in Deutschland über ihre Rechte beim Einkaufen in Europa informieren oder in einer Streitigkeit mit einem ausländischen Händler beraten lassen wollen, haben Sie einen zentralen Ansprechpartner: das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) Deutschland.

Nach mehr als dreimonatiger Unterbrechung kann der **Standort in Kiel** endlich wieder seine Arbeit aufnehmen; für Verbraucher sind nun beide Standorte, Kehl (Baden-Württemberg) und Kiel, über eine einheitliche Telefonnummer, Email- und Internetadresse erreichbar.

Anlass für die Reorganisation des EVZ Deutschland war die am 1. März 2012 verkündete Entscheidung der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, aus finanziellen Gründen den Standort Kiel des EVZ Deutschland endgültig zu schließen. Zugleich stellte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) für das EVZ Deutschland Finanzmittel in Aussicht, die auch die **Erhaltung des nördlichen Standortes** ermöglichen würden. Und seit Anfang April ist es nun amtlich. Die Trägerschaft für beide Standorte hat das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. in Kehl übernommen. Das bringt einerseits Klarheit und Transparenz für die Verbraucher, andererseits können so auch Arbeitsabläufe und Ressourcen optimiert werden. Darunter fällt beispielsweise die gemeinsame, kürzlich erst neu gestaltete Internetseite www.euverbraucher.de.

Ich bin froh und vor allem auch den Kollegen unserer SH-Landesgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankbar, dass die gemeinsamen Bemühungen um den Erhalt der EVZ in Kiel einen erfolgreich Abschluss gefunden haben.

Terminauswahl:

01.03.2012	Veranstaltung zur Zukunft der EU-Strukturförderung ab 2014 im Rahmen der Europawerkstadt, Meldorf
01.03.2012	Veranstaltung des CDU Ortsverbands Henstedt-Ulzburg mit Staatssekretär Volker Dornquast, Henstedt-Ulzburg
03.03.2012	CDU-Landesparteitag, Husum
07.03.2012	Termin mit Frau Ranzio-Plath und VENRO zur Neuausrichtung der EU-Entwicklungspolitik, Brüssel
07.03.2012	Eröffnungsrede bei der EVP-Anhörung zur zukünftigen Fischereipolitik, Brüssel
09.03.2012	Vorstandsneuwahlen, Kreisparteitag Segeberg
12.-15.03.2012	EP-Plenarsitzung, Straßburg
13.03.2012	Abendessen mit persönlicher Besuchergruppe, Straßburg
14.03.2012	Informationsgespräch mit persönlicher Besuchergruppe, EP Straßburg
13.03.2012	Empfang mit Bundeswirtschaftsminister. Dr. Rösler, Straßburg
	Treffen mit Regionalkommissar Johannes Hahn und Haushaltskommissar Janusz Lewandowski zum Mehrjahresfinanzrahmen, Straßburg
14.03.2012	Treffen mit dem Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Michel Barnier zum Thema Glücksspielstaatsvertrag, Straßburg
16.03.2012	Geburtstagsempfang für Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Gut Schierensee
20.03.2012	Treffen mit der lettischen Landwirtschaftsministerin Straujuma, Brüssel
21.03.2012	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
22.03.2012	Konferenz zum Mehrjahresfinanzrahmen, Brüssel
26.03.2012	Veranstaltung zur Ukraine mit Vitali Klitschko, Konrad-Adenauer-Stiftung Brüssel
27.03.2012	Meinungsaustausch mit Jörg Asmussen, EZB-Direktoriumsmitglied, Brüssel
28.03.2012	Gespräch mit dem bayrischen Landwirtschaftsminister Brunner, Brüssel
02.04.2012	Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebes in Ostfeld und der Osterhusumer Meierei in Witzworti
02.04.2012	Diskussionsveranstaltung zur Schuldenkrise und der Zukunft der EU mit dem CDU-Landtagskandidaten Klaus Jensen und Astrid Damerow MdL, Drelsdorf

11.04.2012	Treffen mit dem Deutschen Bauernverband zum Verordnungsvorschlag der Kommission zu den landwirtschaftlichen Direktzahlungen, Brüssel
12.04.2012	Wahlkampfveranstaltung der CDU-Amtsverbände Fockbek und Hohner Harde, Hohn
13.04.2012	Bürgergespräch CDU Ortsverband Tangstedt mit Peter Lehnert MdL,
16/17.04.2012	Klausurtagung der CDU/CSU-Gruppe, Bad Peterstal-Griesbach
17.04.2012	Treffen mit Bundespräsident Gauck. Straßburg
18.04.2012	Treffen mit Antonio Tajani, Kommissar für Unternehmen und Industrie und dem Haushaltskommissar Janusz Lewandowski, Straßburg
	Meinungsaustausch mit der Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding zu institutionellen Reformen der EU, Straßburg
18.04.2012	Gespräch mit Kommissar Günther Oettinger zur den Herausforderungen an die europäische Energiepolitik, Straßburg
18.04.2012	Gespräch mit Siim Kallas, Kommissar für Verkehrspolitik, über die EU-Verkehrspolitik ab 2014, Straßburg
18.04.2012	Gruppenoffene Vorstandssitzung mit dem ehemaligen Verfassungsrichter di Fabio, Straßburg
19.04.2012	Treffen mit der polnischen Regionalministerin Bienkowska, Brüssel
26.04.2012	Veranstaltung zum Mehrjahresfinanzrahmen, Berlin
26.04.2012	Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Berlin
28.04.2012	Veranstaltung zur Städtepartnerschaft der Stadt Tornesch und der Stadt Strzelce Krajeskie, Tornesch
30.04.2012	Wahlkampfveranstaltung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Norderstedt



Bild 10:

18.04.2012: Kommissar Günther Oettinger und Reimer Böge besprachen den künftigen EU-Finanzrahmen, die von der Kommission vorgeschlagenen Energie-Infrastrukturprojekte und die Einigungschancen in den anstehenden Verhandlungen zwischen Rat und Europäischem Parlament.

(Foto: Büro Böge)

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:
 Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
 Peter Steven
 Tel.: 00322/ 2845326
 Fax: 00322/ 2849326
 Email: reimer.boege@europarl.europa.eu
 Internet: <http://www.reimerboege.de>

Europäisches Parlament
 Rue Wiertz - ASP 15 E 252
 B - 1047 Brüssel
 Tel: 0032-2-2845326
 Fax: 0032-2-2849326
reimer.boege@europarl.europa.eu

Europabüro Reimer Böge, MdEP
 CDU-Landesverband
 Sophienblatt 44-46
 D - 24114 Kiel
 Tel.: 0431-6 60 99 25
 Fax: 0431-6 60 99 27
 Email: info@reimerboege.de
 Internet: www.reimerboege.de